

42a

Einl.	Sofort	Ø
Direktorium - HA II/BA G Süd		
07. FEB. 2018		
AZ:		
zK	zwV	zV
Abt.	Vg.	Uml.

Landeshauptstadt München, Direktorium, D-II-BA:
Marienplatz 8, 80313 München



Landeshauptstadt
München
Direktorium

Hauptabteilung II
Abteilung für Bezirksausschuss-
angelegenheiten
D-II-BA

Marienplatz 8
80313 München
Telefon: 089 233-92528
Telefax: 089 233-25241
Dienstgebäude:
Marienplatz 8
Zimmer: 270
Sachbearbeitung:

An die Vorsitzenden
der Bezirksausschüsse
1 bis 25

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen
D-II-BA

Datum
05.02.2018

BA-Informationsschreiben Nr. 02/2018;
Abrechnung der Aufwandsentschädigung;
Einsatz einer neuen Abrechnungssoftware

Sehr geehrte Damen und Herren,

aufgrund verschiedener Anträge bzw. Initiativen aus den Reihen der Bezirksausschüsse in den vergangenen Jahren hat die BA-Abteilung die Umsetzung einer Softwarelösung zur Erfassung der Aufwandsentschädigungen und Erstellung von Einzelabrechnungsnachweisen beauftragt. Diese Softwarelösung wurde in den beiden letzten Quartalen des Vorjahres bereits in den Bezirksausschüssen 6, 7, 8 und 19 erfolgreich getestet und wird nun für alle Bezirksausschüsse umgesetzt. Die für Sie sichtbare und wesentliche Verbesserung besteht darin, dass wir jedem BA-Mitglied ab sofort Abrechnungsnachweise für jedes Quartal zur Verfügung stellen können.

Seit Beginn dieses Jahres werden alle Termine, die Sie zur Abrechnung einreichen, mit der neuen Software erfasst. Die Abrechnung der Termine wird wie bisher pro Quartal erfolgen. Die jeweiligen Nachweise werden Ihnen nach Abrechnung des ersten Quartals erstmalig auf dem Postweg zugesandt. Derzeit wird noch geprüft, ob ein Versand der Nachweise künftig auch über die Kooperationsplattform „Alfresco“ erfolgen kann.

Zu Ihrer Unterstützung und um die Abrechnungspraxis so transparent wie möglich für Sie zu gestalten, dürfen wir Sie mit diesem Schreiben im Vorfeld der Umstellung auf den Versand von Nachweisen nochmals über die wichtigsten Aspekte aus der BA-Satzung zur Abrechnung Ihrer Aufwandsentschädigungen informieren. Für alle in den Erläuterungen genannten Beträge gilt der Stand 01.01.2018. Mögliche Anpassungen der Beträge erläutern wir auf Seite 5 dieses Schreibens.

Die Grundlage für die Abrechnung der Aufwandsentschädigung für die BA-Mitglieder findet sich in § 18 BA-Satzung (siehe Anlage). Im Einzelnen gelten danach folgende Regelungen:

§ 18 Abs. 1: BA- und Unterausschusssitzung

Für die Teilnahme an einer BA-Sitzung erhält jedes BA-Mitglied ein Sitzungsgeld von derzeit 76 €¹. Für die Teilnahme an einer Unterausschusssitzung erhält jedes Unterausschussmitglied ein Sitzungsgeld von derzeit 38 €. Für Unterausschüsse können Vertretungen namentlich bestellt werden (vgl. § 22 Abs. 3 BA-Satzung und BA-Informationsschreiben Nr. 03/2015 des OB an die Bezirksausschüsse, verfügbar auf der Seite „Bezirksausschuss“ auf „Alfresco“). Im Vertretungsfall können nur die durch Beschluss namentlich bestellten Vertreterinnen bzw. Vertreter ein Sitzungsgeld für die Teilnahme an einer Unterausschusssitzung erhalten.

Die Sitzungsleitung in einer BA-Sitzung oder Unterausschusssitzung sowie die schriffthührende Person in einer Unterausschusssitzung erhalten jeweils den doppelten Betrag des Sitzungsgelds.

Zudem ist die körperliche Anwesenheit bei einer Sitzung Voraussetzung für die Zahlung einer Aufwandsentschädigung. Die Abrechnung einer Teilnahme via Video- oder Telefonkonferenz (z.B. via „Skype“) ist nicht möglich.

§ 18 Abs. 2 Buchst a: Teilnahme an BA-internen Besprechungen / Gremien

Für die Teilnahme an Besprechungen von im BA vertretenen Fraktionen, Vorstandssitzungen oder sonstigen internen, vom BA bestimmten Gremien wird ein Sitzungsgeld von 38 € gewährt. Ein sonstiges Gremium kann z.B. ein erweiterter Vorstand (Vorstand + Fraktionssprecher) sein, sofern ein solches Gremium vom BA durch einen entsprechenden Beschluss bestimmt wird.

§ 18 Abs. 2 Buchst. b: Sitzungen der BA-Satzungskommission

Für die Teilnahme an Sitzungen der BA-Satzungskommission erhalten benannte Kommissionsmitglieder aus den Bezirksausschüssen ein Sitzungsgeld von derzeit 38 €.

§ 18 Abs. 2 Buchst. c: Rederecht im Stadtrat

Für die Teilnahme an Stadtratssitzungen zur Wahrnehmung des Rederechts nach § 16 Abs. 5 BA-Satzung wird eine Aufwandsentschädigung von 38 € gewährt. Das Rederecht kann von der bzw. dem BA-Vorsitzenden oder einem vertretenden BA-Mitglied wahrgenommen werden.

§ 18 Abs. 2 Buchst. d: Termine auf Einladung der Stadtverwaltung

Sofern diese im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung stehen, wird für die Teilnahme an Veranstaltungen bzw. Besprechungen, zu denen die Stadtverwaltung einlädt, eine Aufwandsentschädigung von 38 € gewährt. Unter den Begriff der Stadtverwaltung fällt nur die Hoheitsverwaltung, mithin nur die städtischen Referate und Eigenbetriebe. Städtische

¹ für alle genannten Beträge gilt: Stand 01.01.2018

Gesellschaften oder von der Stadt geförderte freie Träger sind nicht umfasst. Gleiches gilt für ehrenamtliche, gewählte städtische Gremien (z.B. Migrations- oder Seniorenbeirat).

Ehrungen, Feste, Jubiläen u.ä. sind auch bei Einladung durch die Stadtverwaltung nicht abrechnungsfähig (vgl. § 18 Abs. 3 Buchstaben b und c BA-Satzung). Auch sind Veranstaltungen nur abrechnungsfähig, wenn eine explizite Einladung an den BA vorliegt. Offene Veranstaltungen ohne festen Teilnehmerkreis, z.B. allgemeine Informationsveranstaltungen, zu denen öffentlich eingeladen wird, können nicht abgerechnet werden (vgl. § 18 Abs. 3 Buchstaben d BA-Satzung).

§ 18 Abs. 2 Buchst. e: Sonstige Besprechungen

Die Voraussetzungen für eine Anerkennung dieser Terminart sind in der Prüfung durch das Direktorium häufig schwer zu beurteilen. Aus diesem Grund sind wir vor allem bei dieser Terminart auf Ihre Unterstützung bei der Einreichung der Termine angewiesen. In vielen Fällen benötigen wir Hintergrundinformationen zum jeweiligen Termin. Daher ist es hier besonders wichtig, dass Sie immer entsprechende Informationen, wie z.B. Einladung, Tagesordnung u.ä., zu einem solchen Termin einreichen.

Für die Teilnahme an einer Besprechung, zu der nicht die Stadtverwaltung einlädt, kann eine Aufwandsentschädigung von 38 € nur gewährt werden, wenn die Besprechung für die Aufgabenwahrnehmung erforderlich ist. Die Erforderlichkeit muss von der bzw. dem BA-Vorsitzenden schriftlich bestätigt werden. Maßgeblich für die Einordnung als Besprechung ist der Charakter des Termins. Eine Besprechung hat einen begrenzten und geschlossenen Teilnehmerkreis sowie ein konkretes Thema aus dem Aufgabengebiet des BA zum Inhalt. Es findet ein persönlicher und gegenseitiger Meinungsaustausch statt. Grundsätzlich abrechnungsfähig sind demnach regelmäßig stattfindende (Fach-)Arbeitskreise bzw. Arbeitsgruppen, „Runde Tische“ zu Themen aus dem BA oder Besprechungen (auch „vor Ort“) mit Bürgerinnen und Bürgern bzw. betroffenen Akteuren zu konkreten Themen aus dem BA.

Veranstaltungen ohne Besprechungscharakter, wie z.B. Podiumsdiskussionen, Informationsveranstaltungen, Seminare, Symposien, Jahreshauptversammlungen oder Vorträge bzw. Berichte, zu denen nicht die Stadtverwaltung einlädt, können hingegen nicht abgerechnet werden.

§ 18 Abs. 2 Buchst. f: Ortstermine

Ortstermine (38 € je Termin) können ausschließlich von ständigen Beauftragten (z.B. Baumschutzbeauftragten) abgerechnet werden. Für jeden BA können nach § 18 Abs. 4 Buchst. c BA-Satzung insgesamt (also über alle Beauftragten hinweg) pro Jahr maximal 36 Ortstermine abgerechnet werden. Es steht den Bezirksausschüssen frei, die Ortstermine nach eigenen Regeln auf die einzelnen Beauftragten zu verteilen (z.B. Zusammenfassen von Baumbesichtigungen o.ä.). Um einen Ortstermin geltend zu machen, ist es notwendig, dass die in Augenscheinnahme eines Sachverhaltes vor Ort durch den Beauftragten erforderlich ist. Die Erforderlichkeit muss wiederum von der bzw. dem BA-Vorsitzenden bestätigt werden. Ohne vorliegende Bestätigung kann ein entsprechender Ortstermin nicht bearbeitet werden. Andere Besprechungen „vor Ort“, etwa zu Freischankflächen, Baumaßnahmen o.ä., an denen häufig nicht ständige, sondern für den Einzelfall vom BA Beauftragte teilnehmen, können i.d.R.

als (sonstige Besprechung) nach § 18 Abs. 2 Buchst. d oder e BA-Satzung abgerechnet werden. Voraussetzung dafür ist, dass mehr als eine Person bei dem Termin anwesend ist und der o.g. Besprechungscharakter gewahrt ist.

§ 18 Abs. 3: nicht abrechnungsfähige Termine

Nicht abrechnungsfähig nach § 18 Abs. 3 Buchstaben a bis d sind insbesondere folgende Termine:

Termine für die bereits aufgrund einer anderen Regelung eine Aufwandsentschädigung gezahlt wird (z.B. Jurytätigkeit bei Architekturwettbewerb), Repräsentationstermine bei denen der BA vertreten wird (z.B. Trauerreden), Teilnahme oder Organisation an bzw. von Festen des BA (z.B. eigene Veranstaltungen) oder Dritter sowie allgemeine Informationsveranstaltungen, insbesondere solche zu denen nicht die Stadtverwaltung einlädt.

Weitere nicht abrechnungsfähige Termine, die nicht explizit von der Satzung erfasst sind, sind außerdem:

Parteiveranstaltungen (Ausnahme: Fraktionssitzung im BA), Ehrung von BA-Mitgliedern, Teilnahme an Bürger- und Einwohnerversammlungen (Ausnahme: BA-Vorsitzende bei Bürgerversammlungen), Bürgersprechstunden, Richtfeste, Jubiläumsfeiern, Pressetermine, Workshops bzw. Seminare nicht-städtischer Anbieter oder Verbände.

§ 18 Abs. 4: Anzahl der Terminteilnahmen im Kalenderjahr

Für BA-Vorsitzende sind für die Termine nach § 18 Abs. 1 und 2 BA-Satzung maximal 72 Terminteilnahmen und für BA-Mitglieder 60 Terminteilnahmen pro Kalenderjahr zur Abrechnung möglich. In besonderen Ausnahmesituationen kann das Direktorium zusätzliche Terminteilnahmen anerkennen. Die Notwendigkeit weiterer Terminteilnahmen muss von der bzw. dem BA-Vorsitzenden nach Art. 18 Abs. 5 BA-Satzung schriftlich dargelegt werden.

Wenn einzelne BA-Mitglieder in die Nähe des genannten Terminkontingents kommen, erhalten diese einen entsprechenden Hinweis von der BA-Abteilung im Direktorium, um andere Terminteilnehmerinnen oder Terminteilnehmer im Bezirksausschuss vorzuschlagen bzw. ggf. die ausnahmsweise Abrechnung weiterer Termine zu beantragen.

Zudem können pro BA 36 Ortstermine von ständigen Beauftragten abgerechnet werden. Eine Aufstockung dieser Ortstermine ist nicht möglich.

§ 18 Abs. 6: Pauschalen für Funktionsträgerinnen und Funktionsträger

Vorsitzende der Bezirksausschüsse erhalten neben dem Sitzungsgeld eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 598 €, wenn der Stadtbezirk höchstens 50.000 Einwohnerinnen und Einwohner umfasst, ansonsten in Höhe von 694 €.

Stellvertretende Vorsitzende, Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher sowie Unterausschussvorsitzende erhalten zusätzlich zu ihren sonstigen Aufwandsentschädigungen eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 109 €. Die Anzahl der berücksichtigungsfähigen Unterausschüsse für Bezirksausschüsse in Stadtbezirken mit bis zu 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern ist auf 5, ansonsten auf 6 begrenzt.

Auch Internetbeauftragte, die einen offiziellen Internetauftritt des BA im Rahmen der städtischen Vorgaben pflegen, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung in Höhe von 38 €. Diese Pauschale ist auf eine Person je Bezirksausschuss begrenzt. Sitzungsgelder nach den oben genannten Buchstaben d) bis f) werden daneben nicht gewährt.

§ 18 Abs. 9: Anpassung der Aufwandsentschädigungen

Nach Beschluss des Stadtrats vom 04.03.2015 ist die Aufwandsentschädigung an Änderungen der Grundbesoldung der Beamten anzupassen. Erhöhungen werden jeweils zum 01.01. des Folgejahres umgesetzt. Die Erhöhungen betreffen immer auch die Pauschalen für die Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden, Fraktionssprecherinnen und Fraktionssprecher, Unterausschussvorsitzende und Internetbeauftragte.

§ 18 Abs. 7, 8 und 10: Verdienstausschlag und Fahrtkosten sowie Kinderbetreuungskosten

In bestimmten Fällen besteht zudem die Möglichkeit, weitere Kosten (Verdienstausschlag/Fahrtkosten/Kinderbetreuung) abzurechnen. Für weitere Informationen diesbezüglich verweisen wir auf die einschlägigen Bestimmungen in § 18 Abs. 7-10 der BA-Satzung.

Wie Sie dem beigefügten Muster für einen Abrechnungsnachweis entnehmen können, enthält dieser jeweils auf Seite 1 die Gesamtsumme aller abgerechneten Termine für das zurückliegende Quartal. Darunter können auch Terminteilnahmen aus zurückliegenden Quartalen, die verspätet eingereicht worden sind, enthalten sein. Anlage 1 enthält dann alle eingereichten und abgerechneten Terminteilnahmen, Anlage 2 alle eingereichten und nicht anerkannten oder noch in Bearbeitung befindlichen Terminteilnahmen. Die Pauschalen für die Funktionsträgerinnen und Funktionsträger sind nicht im Abrechnungsnachweis erfasst.

Abschließend bitten wir um Ihre Unterstützung bei der Einreichung Ihrer Termine. Neben der Einreichung der oben bereits erwähnten Hintergrundinformationen bitten wir Sie darauf zu achten, dass die eingereichten Termine bzw. Terminlisten das Datum des Termins beinhalten und zudem nicht nur die Unterschrift, sondern auch der Name der Teilnehmerinnen und Teilnehmer am Termin leserlich vermerkt ist. Bitte verwenden Sie auch einen aussagekräftigen Betreff für den Termin, insbesondere bei den sogenannten sonstigen Terminen. Viele Nachfragen können dadurch vermieden werden.

Wenn Sie darüber hinaus Fragen zur Abrechnung der Aufwandsentschädigung haben, können Sie sich gerne per E-Mail (ba-abrechnung.dir@muenchen.de) oder telefonisch (089/233-92518) an die BA-Abteilung wenden. Ansprechpartnerin ist Frau Kubeng.

Mit freundlichen Grüßen
gez.

Kotulek

Anlage

Auszug aus der BA-Satzung (§ 18)
Muster Abrechnungsnachweis

(

(

BezirksausschussS 20

Stand: 01.01.2018

(5) Die Pauschale wird auf ein Girokonto des Bezirksausschusses überwiesen (§ 16 BA-GeschO).

§ 18 Aufwands- und Verdienstaussfallentschädigung

(1) Für die Teilnahme an Sitzungen des Bezirksausschusses erhält jedes Bezirksausschussmitglied pro Sitzung eine Aufwandsentschädigung (Sitzungsgeld) von 70,-- Euro⁴; für die Teilnahme an Sitzungen der Unterausschüsse erhalten die Unterausschussmitglieder eine Aufwandsentschädigung von 35,-- Euro⁵. Vorsitzende der in Satz 1 genannten Sitzungen und die im Unterausschuss schriftführende Person, soweit diese Funktion nicht der bzw. die Vorsitzende selbst übernimmt, erhalten den doppelten Betrag.

(2) Ein Sitzungsgeld von 35,-- Euro⁶ wird auch gewährt für die Teilnahme an

- a) Besprechungen von im Bezirksausschuss vertretenen Fraktionen, Vorstandssitzungen oder sonstigen internen, vom Bezirksausschuss bestimmten Gremien;
- b) Sitzungen der Bezirksausschuss-Satzungskommission;
- c) Stadtratssitzungen zur Wahrnehmung des Rederechts (§ 16 Abs. 5);
- d) im Zusammenhang mit der Aufgabenwahrnehmung stehende Veranstaltungen und Besprechungen, zu denen die Stadtverwaltung einlädt;
- e) sonstige Besprechungen, wenn es für die Aufgabenwahrnehmung erforderlich ist und von der bzw. dem Bezirksausschussvorsitzenden schriftlich bestätigt und kurz begründet wird, sowie für
- f) Ortstermine durch die ständigen Beauftragten (§ 5 Abs. 2 BA-GeschO, § 23, § 23a und § 23b), wenn diese von dem bzw. der Bezirksausschussvorsitzenden schriftlich bestätigt werden.

(3) Ein Anspruch auf Entschädigung nach Abs. 2 besteht insbesondere in folgenden Fällen nicht:

- a) das Bezirksausschussmitglied erhält bereits aufgrund einer anderen Regelung eine Entschädigung;
- b) reine Repräsentationstermine;
- c) Organisation oder Teilnahme an Festen des Bezirksausschusses oder Dritter;
- d) allgemeine Informationsveranstaltungen.

(4) Die maximale Anzahl der nach Abs. 1 und 2 zu entschädigenden Termine beträgt pro Kalenderjahr und Person:

- a) Bezirksausschussvorsitzende: 72;
- b) sonstige Bezirksausschussmitglieder: 60;
- c) Beauftragte der Bezirksausschüsse erhalten für maximal 36 Ortstermine pro Jahr und Bezirksausschuss ein Sitzungsgeld; für die Entschädigung ihrer sonstigen Bezirksausschusstätigkeit verbleibt es bei Buchstabe a) bzw. b).

Hierbei bleiben Sitzungen nach Abs. 2 Buchstabe b) unberücksichtigt. Die Entschädigung soll spätestens drei Monate nach Wahrnehmung des Termins beantragt werden. Bei kürzerer Sitzungstätigkeit (z.B. Wahljahr, Nachrücker) ist die Maximalanzahl entsprechend anzupassen.

(5) In besonderen Einzelfällen kann bei Überschreitung der in Abs. 4 a) und b) genannten Begrenzungen die Aufwandsentschädigung für weitere Sitzungen gewährt werden, wenn schriftlich dargelegt wird, warum die jährliche Begrenzung ausnahmsweise aufgrund einer besonderen Situation nicht ausreichend ist und dies von dem bzw. der Bezirksausschussvorsitzenden bestätigt wird. Die Entscheidung hierüber trifft das Direktorium.

(6) Die bzw. der Bezirksausschussvorsitzende erhält neben dem Sitzungsgeld eine monatliche Aufwandsentschädigung von

- a) 560,-- Euro⁷ bei einem Stadtbezirk mit höchstens 50.000 Einwohnern,

⁴ 76 Euro (Stand: 01.01.2018)

⁵ 38 Euro (Stand: 01.01.2018)

⁶ 38 Euro (Stand: 01.01.2018)

⁷ 598 Euro (Stand: 01.01.2018)

b) 650,-- Euro⁸ bei einem Stadtbezirk mit über 50.000 Einwohnern;

stellvertretende Vorsitzende, Fraktionssprecherinnen und -sprecher (vgl. § 21) sowie Unterausschussvorsitzende erhalten zusätzlich zu ihren sonstigen Aufwandsentschädigungen eine monatliche Aufwandsentschädigung von 100,-- Euro⁹, wobei die Anzahl der berücksichtigungsfähigen Unterausschüsse für Bezirksausschüsse bis 50.000 Einwohner auf fünf, für größere Bezirksausschüsse auf sechs beschränkt ist. Maßgebend ist die für den Monat Januar eines jeden Jahres vom Statistischen Amt der Landeshauptstadt München veröffentlichte Einwohnerzahl. § 3 Abs. 2 Satz 2 gilt entsprechend. Verringert sich die Einwohnerzahl, behält die bzw. der Bezirksausschussvorsitzende für ihre/seine Person und für die Dauer ihrer/seiner Amtszeit die bisherige Entschädigung.

Internetbeauftragte der Bezirksausschüsse, die einen offiziellen Internetauftritt des Bezirksausschusses im Rahmen der städtischen Vorgaben pflegen, erhalten eine monatliche Aufwandsentschädigung von 35,-- Euro. Die Pauschale ist auf eine beauftragte Person je Bezirksausschuss begrenzt. Sitzungsgelder nach Abs. 2d) bis f) werden daneben nicht gewährt.

(7) Bezirksausschussmitglieder, die Arbeitnehmerinnen bzw. Arbeitnehmer sind, haben außerdem Anspruch auf den aus Anlass der ehrenamtlichen Tätigkeit entstandenen Verdienstausschlag. Die Ersatzleistung darf, wenn sie nicht für die Teilnahme an Bezirksausschusssitzungen gewährt wird, für nicht mehr als fünf Stunden/Woche gewährt werden; insgesamt (d.h. einschließlich der Dienstbefreiung für Sitzungen) darf der Umfang der Dienstbefreiung ein Fünftel der wöchentlichen Arbeitszeit nicht übersteigen. Die unumgängliche Notwendigkeit der Arbeits- und Dienstversäumnisse ist bei der Ersatzanforderung nachzuweisen.

(8) Bezirksausschussmitglieder, die aufgrund einer körperlichen Behinderung im Sinne von Satz 2 nicht in der Lage sind, öffentliche Verkehrsmittel zu benutzen, werden auf Antrag die nachgewiesenen Kosten für die Fahrten zu Sitzungen im Sinne der Abs. 1 und 2 sowie für die jeweiligen Rückfahrten mit dem Taxi erstattet.

Anspruchsberechtigt sind:

- Schwerbehinderte Menschen mit außergewöhnlicher Gehbehinderung, Merkzeichen „a.G.“ im Schwerbehindertenausweis;
- Blinde und schwer sehbehinderte Menschen, Merkzeichen „Bl“ (Blind), „H“ (hilflos) und „B“ (Begleitung) im Schwerbehindertenausweis;
- in besonders begründeten Einzelfällen:
bei erheblicher Gehbehinderung (Merkzeichen „G“ im Schwerbehindertenausweis) mit einem Grad der Behinderung von mindestens 80 %, wenn wesentlich eingeschränkte Mobilität vorliegt, die eine Nutzung des MVB ausschließt und dies vom behandelnden Arzt bestätigt wird.

(9) Änderungen der Grundbesoldung der Beamten der Landeshauptstadt München in Besoldungsgruppe A 16 gelten mit dem gleichen Vom-Hundert-Satz (aufgerundet auf volle Eurobeträge) ab dem auf die Bekanntmachung folgenden Januar auch für die nach Abs. 1, 2 und 6 festgesetzten Entschädigungen.

(10) Die Bezirksausschussmitglieder haben Anspruch auf Entschädigung der Aufwendungen für eine entgeltliche Kinderbetreuung während der Teilnahme an den Sitzungen der Bezirksausschüsse, der Unterausschüsse, in denen sie Mitglied sind, sowie den in Abs. 2 genannten Terminen. Dies gilt, soweit das Kind das 12. Lebensjahr noch nicht vollendet hat oder wegen einer Behinderung oder aus anderem Grund der Betreuung bedarf und von keinem weiteren Angehörigen des Haushalts betreut werden kann und daher eine Fremdbetreuung gegen Entgelt erforderlich ist. Erstattungsfähig sind die tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Kinderbetreuungskosten bis zu einem Höchstbetrag von 12 Euro je Stunde und maximal bis zu 5 Stunden pro Termin.

C. Struktur

§ 19 Vorstand

(1) Der Bezirksausschuss wählt aus seiner Mitte einen Vorstand, bestehend aus der bzw. dem Vorsitzenden, der ersten Stellvertretung und der zweiten Stellvertretung. Im Bedarfsfall können bis zu

⁸ 694 Euro (Stand: 01.01.2018)

⁹ 109 Euro (Stand: 01.01.2018)

Anlage 2

Landeshauptstadt München, Direktorium
Marienplatz 8, 80331 München



Landeshauptstadt
München
Direktorium

Hauptabteilung II
Abteilung für
Bezirksausschussangelegenheiten
D-II-BA

Marienplatz 8
80331 München
Telefon: 089 233-92518
Telefax: 089 233-989 92518
Zimmer: 271
Sachbearbeitung:
Frau Kubeng
Email:
ba-abrechnung.dir@muenchen.de

Ihr Schreiben vom

Ihr Zeichen

Unser Zeichen

Datum:
27.09.2017

Ihre Mitgliedschaft im Bezirksausschuss;
Nachweis über die Abrechnung der Aufwandsentschädigungen für das Quartal III/17.

Sehr geehrte/r Herr

mit den beigefügten Anlagen informieren wir Sie über die Abrechnung Ihrer
Aufwandsentschädigungen für das Quartal III/17.

Die Summe Ihrer abgerechneten Aufwandsentschädigungen beträgt: €.
Bitte beachten Sie, dass die Abrechnung auch Termine aus zurückliegenden Quartalen
enthalten kann.

Anlage 1 enthält alle abgerechneten Terminteilnahmen und abgerechnete sonstige Kosten.
Anlage 2 enthält die Terminteilnahmen, die nicht abgerechnet werden konnten, jeweils mit
kurzer Begründung, welche sich aus der Terminart und dem Status ergibt. Es sind auch
Terminteilnahmen aufgeführt, die in der BA-Abteilung noch in Bearbeitung sind. Das Gleiche
gilt für in Anlage 2 ggfs. aufgelistete nicht abgerechnete sonstige Kosten.

Bei Rückfragen können Sie sich gerne an uns wenden.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre BA-Abteilung

Dieses Schreiben wurde maschinell erstellt und bedarf keiner Unterschrift.

S-Bahn: Alle Linien
U-Bahn: Linien U3/U6
Haltestelle Marienplatz

Straßenbahn: Linie 19
Haltestelle Theodorstraße

Internet:
www.muenchen.de/direktorium

Seite 1

Anlage 1a) Übersicht zu abgerechneten Terminteilnahmen im Quartal III/17 für:

Enthält alle in dieser Quartalsabrechnung abgerechneten Teilnahmen nach Datum sortiert.
Alle Beträge in Euro.

Termin-Datum	Bezeichnung	Terminart	Betrag	Rolle	Endbetrag
.17	(BA) CSU	Fraktionssitzung	37 €	Teilnehmer	37 €
7.17	(BA) UA -	UA Sitzung	37 €	Teilnehmer	37 €
.17	(BA)	BA Plenum	74 €	Teilnehmer	74 €
1.17	(BA) Ferienausschuss	BA Plenum	74 €	Teilnehmer	74 €
.17	(BA) CSU	Fraktionssitzung	37 €	Teilnehmer	37 €
17	(BA) UA -	UA Sitzung	37 €	Teilnehmer	37 €
.17	(BA)	BA Plenum	74 €	Teilnehmer	74 €
				Summe	370 €

Anlage 1b) Übersicht zu abgerechneten sonstigen Kosten im Quartal III/17 für:

Enthält alle in dieser Quartalsabrechnung abgerechneten sonstigen Kosten nach Datum sortiert.
Abrechnungsfähige sonstige Kosten sind in § 18 Abs. 7, 8 und 10 BA-Satzung aufgeführt.
(Verdienstausfall, Fahrtkosten sowie Kinderbetreuungskosten). Alle Beträge in Euro.

Termin-Datum	Bezeichnung	Terminart	Kostenart	Endbetrag
--------------	-------------	-----------	-----------	-----------

Anlage 2 a) Übersicht zu nicht -abgerechneten Terminteilnahmen im Quartal III/17 für:

Enthält in dieser Quartalsabrechnung nicht - abgerechnete Teilnahmen nach Datum sortiert. Informationen dazu, welche Termine insbesondere nicht abrechnungsfähig sind, finden Sie in § 18 Abs. 3 BA-Satzung. Es können zudem Terminteilnahmen enthalten sein, die abrechnungsfähig sind, aber noch bearbeitet werden. Alle Beträge in Euro.

Termin-Datum	Bezeichnung	Terminart / Status	Rolle	Betrag
.17	(BA) Kinder- und Jugendrat	Termin ohne Anspruch auf Entschädigung	Teilnehmer	0 €
			Summe	0 €

Anlage 2 b) Übersicht zu nicht - abgerechneten sonstigen Kosten im Quartal III/17 für:

Enthält nicht - abgerechnete sonstige Kosten nach Datum sortiert. Sonstige Kosten, die nicht abrechnungsfähig sind, beziehen sich auf nicht abrechnungsfähige Terminteilnahmen. Es können zudem sonstige Kosten enthalten sein, die abrechnungsfähig sind, aber noch bearbeitet werden. Alle Beträge in Euro.

Termin-Datum	Bezeichnung	Terminart / Status	Kostenart / Status	Betrag
--------------	-------------	--------------------	--------------------	--------

